

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Mag. Bettina Lancaster,
Genossinnen und Genossen
betreffend **Gemeindepaket für 2024 und 2025**

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 4 Beschluss des Nationalrates vom 20. März 2024 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem Finanzausgleichsgesetz 2024 geändert wird (3945/A und 2494 d.B.)

Begründung:¹

Der Österreichische Gemeindebund hat bei seiner Bundesvorstandssitzung einstimmig eine Resolution beschlossen, mit der ein Gemeindepaket in Höhe von 1 Mrd. € für 2024 und 2025 gefordert wird. Trotz des derzeit geltenden Finanzausgleichs von 2024 bis 2028, benötigen die Gemeinden für die Jahre 2024 und 2025 finanzielle Mittel zur Stärkung der Liquidität: die Umlagezahlungen an die Länder sind gestiegen, Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst und ein höherer Personalbedarf in den Bereichen Elementarbildung oder Pflege, höhere Zinskosten und das Inflationsniveau wirken Ausgaben erhöhend, andererseits fehlen Einnahmen aus der nicht erfolgten Valorisierung der Grundsteuer. Viele Gemeinden könnten mittlerweile den 50%igen Anteil des kommunalen Investitionspaketes finanziell nicht stemmen.²

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, mit Gemeindevertreter:innen in Gespräche über ein Gemeindepaket in Höhe von 1 Milliarde Euro als Soforthilfe ohne Auflagen für die Gemeinden für 2024 und 2025 einzutreten sowie das Kommunale Investitionspaket um zwei Jahre zu verlängern“

Bettina Lancaster
(LANCASTER)

SCHUMANN

S. Reisinger
(REISINGER)

¹ Quelle <https://gemeindebund.at/gemeindebund-fordert-gespraechе-ueber-eine-gemeinde-finanzspritze/>

² vgl. auch Österreichischer Gemeindebund, OTS vom 26.2.2024

(https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240226_OT50127/gemeindebund-fordert-gespraechе-ueber-eine-gemeinde-finanzspritze)